

Heike Hänsel, Die Linke

Liebe Ingrid, liebe Martina,
vielen Dank für die Anfrage zu Positionen bezüglich des Israel-Palästina-Konflikts, leider bin ich erst heute dazugekommen zu antworten, lg Heike

Der Nahost-Konflikt ist leider durch viele weitere Krisenregionen wie Syrien, Afghanistan, Mali etc. in den letzten Jahren von der außenpolitischen Agenda in der Öffentlichkeit verdrängt worden, obwohl die Situation für die PalästinenserInnen immer schwieriger wird. Davon konnte ich mich auch bei meinem letzten Besuch 2019 in der Region überzeugen. Gerade die schleichende israelische Annexion von palästinensischem Land, der Siedlungsbau, die Vertreibung von Palästinensern aus Ost-Jerusalem, Häuserzerstörungen etc. sowie die Dauerblockade von Gaza sind besorgniserregend und machen eine Zwei-Staaten-Lösung so gut wie unmöglich. Deshalb muss endlich die israelische Besatzung beendet werden, so wie in zahlreichen UN-Resolutionen gefordert. Auf parlamentarischer Ebene habe ich sowohl mit Reden im Bundestag, mit Einzelfragen an die Bundesregierung zu Israel, Menschenrechtsverletzungen, Häuserzerstörungen und -räumungen, zum Siedlungsbau und mit zahlreichen kleinen Anfragen, die letzten beispielsweise zur Lage in Nahost in Zeiten der Corona-Pandemie und der Annexionspläne der Regierung Netanjahu-Gantz und zur Kooperation und Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) im Hinblick auf Israel die Bundesregierung kritisch zu ihrer Nahostpolitik befragt und gleichzeitig in Anträgen und Stellungnahmen Alternativen und eine andere Politik aufgezeigt.

Darüber hinaus habe ich mit zahlreichen internen sowie öffentlichen Diskussionsveranstaltungen versucht, einerseits dem festgefahrenen Diskurs in Deutschland etwas entgegenzustellen und andererseits, neue Perspektiven auf die Situation in Israel/Palästina zu ermöglichen. Auch die militärischen Auseinandersetzungen vom letzten Mai sind nicht vorbei, geschweige denn gelöst und die Situation vor Ort spitzt sich aktuell erneut zu. Im Westjordanland rauben israelische Siedler palästinensischen Bauern weiterhin Land, und Olivenbäume palästinensischer Bauern wurden angezündet. Die Angriffe durch israelische SiedlerInnen gegen PalästinenserInnen haben laut OHCHR in den letzten Monaten massiv zugenommen.

Zu den Fragen:

Um endlich einen dauerhaften und gerechten Frieden in Israel-Palästina zu erreichen, fordert DIE LINKE schon immer die Implementierung und Umsetzung aller UN-Resolutionen. Beispielsweise die 2016 einstimmig unter Enthaltung der USA vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 2334, in der ein Ende des israelischen Siedlungsbaus im Westjordanland und in Ostjerusalem gefordert und dieser als völkerrechtswidrig verurteilt wird, und damit ein Ende der völkerrechtswidrigen israelischen Besatzung. Dass der Israel-Palästina-Konflikt nur mit einem Ende der Besatzung – und dem Ende der völkerrechtswidrigen Blockade des Gazastreifens erreicht werden kann – steht für mich und für meine Fraktion außer Frage.

Schon seit vielen Jahren fordere ich in vielen Stellungnahmen sowie gemeinsam mit meiner Fraktion in Anträgen, die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens, gerade angesichts der vom ehemaligen Präsidenten Netanyahu letztes Jahr angekündigten völkerrechtswidrigen Annexionspolitik. Auch für die Durchsetzung der Kennzeichnung von Produkten aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen setzen wir uns ein und haben auch in kleinen

Anfragen kritisch die Position der Bundesregierung dazu abgefragt.

DIE LINKE fordert ein Verbot von Rüstungsexporten, erst Recht in Spannungsgebiete. Wir fordern und setzen uns ein für einen Waffenexportstopp für den gesamten Nahen Osten, auch für Israel. Darüber hinaus fordern wir, die polizeiliche- und militärische Zusammenarbeit der Bundesregierung mit Israel zu beenden. Eine Möglichkeit, einen neuen Friedensprozess anzustoßen, wäre eine Initiative für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten, damit eine zwischen Israel und den PalästinenserInnen ausgehandelte Konfliktlösung möglich wird, die den aktuellen Realitäten Rechnung trägt.

Als es um die Abstimmung über den sogenannten BDS-Antrag der anderen Fraktionen ging, hat die übergroße Mehrheit der Fraktion DIE LINKE mit Nein gestimmt. Wir haben einen eigenen Antrag eingebracht, der die Ablehnung von BDS mit Blick auf unsere Geschichte als Linke-Fraktion zum Ausdruck bringt aber gleichzeitig auch die Brandmarkung von BDS als antisemitische Initiative ablehnt.

Es bedarf dringend einer Wiederaufnahme von Friedensgesprächen zwischen Israel und Palästina und die Anerkennung Palästinas als souveräner Staat sowie den Einsatz für dessen Aufnahme als Vollmitglied in die Vereinten Nationen. Hier könnte die Bundesregierung voran gehen. Dafür haben wir uns als Fraktion DIE LINKE die letzten Jahre eingesetzt und werden es auch künftig tun.

--

"Kultur ist das Vergnügen die Welt zu verändern" Bertolt Brecht

Heike Hänsel

Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen

Tel. +49 7071 208810 Fax +49 7071 208812